

Schubumkehr in Tunesien

Die von Islamisten geführte Regierung sucht den Konsens mit den säkularen Kräften und greift erstmals gegen Ultra-Islamisten durch ó ein Hoffnungsschimmer für einen demokratischen Neustart und eine wirtschaftliche Stabilisierung.

DANNY LEDER

šWenn diese Affen seine Kinder sind, dann hat er sie schlecht erzogenō, ärgerte sich noch kürzlich Souad, eine junge Ärztin, über Rachid Ghannouchi, den Vorsitzenden der islamistischen Regierungspartei Tunesiens, der šNahdaō (šRenaissanceō). Ghanouchi hatte die, außerhalb seiner Partei stehenden, ultraradikalen šSalafistenō, die monatelang Machtdemonstrationen und Einschüchterungen gegen linke und liberale Tunesier gehäuft hatten, als šunsere Kinderō bezeichnet. Wie ein nachsichtiger Familienvater hatte er die Salafisten zum šDialogō ermahnt und ihnen zu verstehen gegeben, dass er in Grundsätzlichem, also der Errichtung einer religiös bestimmten Gesellschaft, mit ihnen übereinstimme.

Damit scheint jetzt Schluss zu sein: am vergangenen Wochenende ließ die Regierung eine Großkundgebung der radikalen Bewegung šAnsar al Schariaō (šDie Partisanen der Schariaō, also der islamischen Gesetzgebung) verbieten. In einem Vorort von Tunis kam es daraufhin zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei, ein Jugendlicher wurde erschossen, 200 Anhänger der šAnsar al Schariaō festgenommen. Außerdem wurden die Prediger-Zelte abgetragen, die die Salafisten in etlichen Städten errichtet hatten, was ebenfalls zu Straßenschlachten führte. Am heutigen Freitag will šAnsar al Schariaō neuerlich aufmarschieren, um die Freilassung ihrer Sympathisanten zu erzwingen.

Der Umschwung des Regierungskurses erfolgte, nachdem sich in einer Bergregion nahe der algerischen Grenze eine Freischärler-Gruppe, die sich zur šAl Kaidaō bekennt, verschanzt hatte. Bei dem ó vergeblichen ó Versuch der tunesischen Armee, die Gruppe aufzuspüren, waren 16 Soldaten durch Minen verletzt worden, fünf mussten die Beine amputiert werden, ein Offizier verlor das Augenlicht.

Für die Behörden steht fest, dass sich šAnsar al Schariaō und die šAl Kaidaō-nahen Freischärler personell überschneiden. Außerdem klagen immer mehr tunesische Eltern darüber, dass die Behörden sich tatenlos zeigen angesichts der Verführung durch Dschihad-Propagandisten, die in den letzten Monaten hunderte, wenn nicht tausende Jugendliche für den Krieg in Syrien angeworben und zu den Kampfschauplätzen im Nahen Osten geschleust haben.

Ghannouchi, der selber kein offizielles Staatsamt bekleidet, aber als Gründungsvater und Chefideologe der šNahdaō weiterhin eine entscheidende Rolle spielt, rang sich unterdessen eine erste Distanzierung gegenüber den Ultra-Islamisten ab: šMit jenen, die Waffen benützen und Minen streuen, ist kein Dialog möglichō. Der Minister für Menschenrechte, Samir Dilou,

selber Mitglied der šNahdaõ aber Angehöriger ihres moderaten Flügels, ging einen Schritt weiter und übte Selbstkritik: šDie Regierung trägt wegen ihrer laxen Haltung und mangelnden politischen Muts Schuld an dem Aufstieg der Salafisten und extremistischen Imameõ.

Das Umdenken in der von der šNahdaõ beherrschten Staatsspitze ist auch eine Spätfolge der Ermordung des populärsten Oppositionspolitikers, Chokri Belaid, im Februar. Die säkularen Kräfte hatten damals bei riesigen Demos die šNahdaõ bezichtigt, hinter dem Verbrechen zu stecken. Dieses ist zwar noch immer nicht völlig aufgeklärt, seither wurde aber eine Regierungsumbildung vorgenommen, in der die moderaten Islamisten den Ton angeben.

Gleichzeitig begann eine Verständigung zwischen gemäßigten Nahda-Führern und Teilen der säkularen Opposition, und namentlich dem mächtigen tunesische Gewerkschaftsbund. Womit sich auch eine Lösung im zuvor festgefahrenen Prozess für eine neue, demokratische Verfassung Tunesiens abzeichnet. Es ist auch höchste Zeit: während das Land im post-revolutionären sozialen Wirrwarr, der Wirtschaftskrise, ausufernder Kriminalität und salafistischer Daueragitation versank, bot die Regierung ein Bild der Inkompetenz und das erste frei gewählte tunesische Parlament sterile Wortgefechte und abstruse Auftritte.

Ein beträchtlicher Teil der säkularen Jugend aus der Bildungsschicht verlor ihre Hoffnungen, die sie seinerzeit beim Umsturz gegen den Diktator Ben Ali gehegt hatte. In den Armut-Regionen haben die Ultra-Islamisten bei jungen Menschen starken Zulauf. Da liegt auch das Dilemma: der massive Einsatz der Polizei, die schnell in die Methoden verfällt, die sie unter der Diktatur praktizierte, sorgt in volkstümlichen Vierteln zu einer spontanen Solidarisierung von Jugendlichen mit den angegriffenen Ultra-Islamisten. Diese haben sich außerdem stellenweise als eine Art Ordnungsmacht etabliert, die Geschäfte schützt und Straßen reinigt, auch wenn sie andernorts kriminelle Banden aufgesogen haben und Schutzgelder erpressen.

Die Polizei, die wegen ihrer Rolle unter der Diktatur verhasst bleibt, wagte sich nach dem Sturz von Ben Ali oft gar nicht auf die Straße. Ob Verkehrsdelikte oder Schlägereien, kein Polizist war zur Stelle. Das hat ein Gefühl der Hilflosigkeit bei vielen Tunesiern genährt und die Ultra-Islamisten erst recht ermutigt. Die Folge ist der Einbruch der für Tunesien überlebenswichtigen Tourismusbranche. Deren Genesung wäre die Grundlage für einen wirtschaftlichen Neustart und damit eine Beschwichtigung der abdriftenden Jugend, aber ohne Stabilität ist ein Wiederaufschwung des Fremdenverkehrs undenkbar. Der jetzt sich erstmals abzeichnende politische Konsens zwischen moderaten Islamisten und säkularen Kräften rund um die Verteidigung des tunesischen Staats gegen die Ultra-Islamisten ist diesbezüglich ein Hoffnungsschimmer.